

Killewald kritisiert KiBiz

KINDERGÄRTEN. Gesetz führt zu Qualitätsverlust und Personalabbau, meint der Landespolitiker.

KREIS KLEVE. Erzieherinnen, Kinder und Eltern müssen sich offenbar warm anziehen. Im Kreis Kleve zwar nicht so mächtig wie in den Städten der Ballungsgebiete. Aber das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wird nach Worten des SPD-Landtagsabgeordneten Norbert Killewald auch in den hiesigen Einrichtungen zu einem Verlust qualitativer Standards führen. Denn KiBiz sei ein reines Finanzierungs- und kein Bildungsmodell. Vor der in der zweiten Augusthälfte bevorstehenden Anhörung im Landtag erneuerte Killewald seine Kritik an dem Gesetzesentwurf.

Besonders deutlich werde es die kleinen Einrichtungen treffen - wie Elterninitiativen beispielsweise. Wie der Fachgebietsleiter für Kinder und Familie beim paritätischen Landesverband, Martin Künstler, sagt, können größere Träger die Verluste durch Verschiebungen in ihren Einrichtungen ausgleichen, kleinere nicht. Nun gibt es im Kreis Kleve diverse Kindergärten, die mit einer oder zwei Gruppen agieren. Hier kann der Blick nach Weeze, Kranenburg und Kleve gerichtet sein. Weder Killewald noch Künstler sehen diese Gruppen akut bedroht. Aber der Wind wird ihnen mit der Umstellung auf die Kindpauschale trotz spezieller zusätzlicher Zahlungen doch arg um die Nase wehen, so der Tenor.

Insbesondere der festgesetzte Elternbeitrag von 19 Prozent ist es, der Killewald wenig behagt. Der Politiker sieht darin ein mögliches Sprungbrett für Besserverdienende, ihre Kinder eher in einem nicht minder teuren privaten Kindergarten unterzubringen. Die Folge: Die Spitzenbeiträge fallen weg, die Kommunen müssen die Lücke füllen. Welche Kosten dadurch entstehen, vermöge er nicht zu sagen, so Killewald. In vielen Punkten deckt sich sein Ärger mit dem der freien Träger, beispielsweise in der Kritik, dass mit der Umstellung vom so genannten Elterndefizitausgleich auf die gewünschte Pauschale einzig dem Ministerium, nicht aber den Kindern und Erzieherinnen gedient sei. Die müssen - wie sie bereits in Düsseldorf deutlich gemacht haben - um ihre Arbeitsplätze bangen. Zunächst die älteren Kolleginnen, die zwar mehr Erfahrung haben, aber eben auch mehr kosten, konkretisiert Künstler. In dem Regierungsvorstoß sieht der Fachgebietsleiter den gewünschten Ausbau der Plätze für Unter-Drei-Jährige durchaus positiv. "Aber um den Preis des Standards", betont Künstler. Der Sozialwissenschaftler geht ohne politische Flagge ins Rennen. Der Blick zurück zeigt ihm: Die Kürzungen unter Rot-Grün sind nicht verträglicher gewesen. Bei allem Hin und Her in der Finanzierungsfrage scheint festzustehen: Die Inhalte bleiben auf der Strecke. Die Kindergärten haben einen Bildungsauftrag. Und den hätten Erzieherinnen früher schon umgesetzt, meint Künstler. Bisher müssen freie Träger im April die Kosten für das vorangegangene Jahr beziffern und die absehbaren Kosten für das Folgejahr benennen. Das führte zu Unwägbarkeiten im Haushalt. Mehr Infos unter: www.mgffi.nrw.de

18.07.2007 SONJA VOLKMANN